Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 610 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2.00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zurzeitlich postal. Bestellgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 9. Dezember

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 35 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Sabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Staatl. Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Die Note an die deutsche Regierung, die vom Obersten Rate einstimmig gutgeheißen wurde, ist dem Freiherrn von Lersner noch nicht übergeben worden.

* Die Nationalversammlung veranstaltete in ihrer Mittwochsitzung eine Kundgebung gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen.

* In den nächsten Tagen werden die Truppen aus Bitterfeld zurückgezogen werden.

* Dem Polenführer Korfanty ist der Aufenthalt in Oberschlesien untersagt worden.

* Es wird gemeldet, daß in Mitau alles ruhig ist. Ebenso herrscht auch in Riga vollkommene Ruhe. Schaulen ist geräumt.

* Italienische Regierungstruppen sind in Fiume eingezogen und verbrüderten sich mit d'Annuncios Truppen.

Das Ende des Fünferrates

Paris, 8. Dezember.

Die Abreise der amerikanischen Friedensdelegation ist nunmehr beschlossen. Wie „Petit Journal" und „Echo de Paris" versichern, hat das Staatsdepartement Wilson und seine Kollegen beauftragt, sich am kommenden Mittwoch nach New-York einzuschiffen. Man glaubt in hiesigen Kreisen, daß durch die Abreise der amerikanischen Friedensdelegation der Fünferrat als aufgelöst zu betrachten sei, und daß in absehbarer Zeit an seine Stelle die Botschafterkonferenz treten werde. Die Friede mit Ungarn wird jedenfalls noch vom Fünferrat, der inzwischen zum Viererrat geworden sein wird, erledigt werden.

Wie „Chicago Tribune" aus Washington meldet, hat das Mitglied des Repräsentantenhauses Tirkham von Massachusetts eine Bill eingebracht, durch die das Repräsentantenhaus erklären soll, daß Amerika sich mit Deutschland im Friedenszustand befindet. Tinkham, der Republikaner ist, lasse bekanntgeben, daß er im Einverständnis mit den Republikanern des Senats handle.

Paris, 8. Dezember.

Der „Temps" hat gestern abend einen Feldzug zur Zerstörung der Legende über die amerikanischen Vorbehalte zum Friedensvertrag eröffnet. Er sagt: Die deutschen Militärs und Diplomaten glaubten, die Front der Alliierten sei durchbrochen. Deshalb sei man gezwungen, sie zur Ordnung zu rufen. Der „Temps" veröffentlicht die Vorbehalte im Wortlaut und fragt, ob sie die Grundlagen des Friedensvertrages, wie man sage, zerstört hätten. Er vertritt die Ansicht, daß die 14 Vorbehalte und Auslegungen von einem Vorwort begleitet seien, das die alliierten Mächte unmittelbar interessiere. Der Senat erkläre, die Ratifizierung durch Amerika würde nur in Kraft treten, wenn die dreialliierten Großmächte die durch Notenaustausch angenommenen Vorbehalte und Auslegungen gutheißen. Es handle sich also um eine Formfrage und um eine Grundfrage. Die Formfrage sei dadurch gelöst, daß der Oberste Rat am Sonnabend die südslawische Delegation ermächtigt habe, ihren Vorbehalt zum Vertrage von Saint-Germain vorzubringen. Es bestehe also ein Präzedenzfall. Betreffs der Grundfrage prüft der „Temps" Punkt für Punkt die verschiedenen Vorbehalte und sagt, man habe behauptet, die Vorbehalte bedeuteten eine Verleugnung des Werkes der Friedenskonferenz. Man habe ferner behauptet, daß die Vereinigten Staaten hierdurch ihren Willen kundgeben würden, sich weder um Europa noch den Friedensvertrag mehr zu kümmern. Das sei eine Legende, der man die Wahrheit gegenüberstellen müsse. Selbst wenn die Amerikaner forderten, daß man an zwei oder drei Stellen das Statut des Völkerbundes umändern solle, was nach Artikel 26 des Statuts erlaubt sei, enthielten die amerikanischen Vorbehalte nichts, was die Alliierten veranlassen könnte, die unter diesen Bedingungen angebotene amerikanische Ratifizierung zurückzuweisen. Sie enthielten im Gegenteil gewisse, sehr weite Auslegungen, an deren Gutheißung fast alles ein Interesse habe. Die öffentliche Meinung Frankreichs, die nunmehr unterrichtet sei, solle sich frei aussprechen.

Die Dorpater Verhandlungen

Helsingfors, 8. Dezember.

Aus Reval wird gemeldet, daß bei den Verhandlungen in Dorpat nur über den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjet-Rußland und den baltischen Staaten verhandelt wird. Die Frage, ob diese Besprechungen in den eigentlichen Friedensverhandlungen Fortsetzung finden, hängt von den Beschlüssen der Alliierten ab.

Die estnische Regierung hat aus Paris die Mitteilung erhalten, daß sie keine Maßnahmen bezüglich des Restes der Nordwestarmee treffen soll, bis in Paris über das weitere Schicksal der Truppen Beschlüsse gefaßt worden sind. General Judenitsch hält sich in Reval auf und begibt sich in den nächsten Tagen nach Finnland.

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Kopenhagen, 8. Dezember.

Bei den Friedensverhandlungen in Dorpat haben beide Parteien bereits ihre Friedensbedingungen aufgestellt, über die jedoch strengstes Schweigen gewahrt wird. Von unterrichteten Kreisen wird gemeldet, daß die Bolschewisten folgende Bedingungen als unumgänglich aufgestellt haben:

1. Anerkennung der Sowjetregierung und Räteregierung.
2. Zurückziehung aller Truppen von der russischen Grenze.
4. Amnestie für politische Gefangene.
4. Wiederaufnahme aller diplomatischen und Handelsbeziehungen.

Außerdem verlangen die Bolschewisten freien Handelsverkehr durch estländisches Gebiet und verlangen, daß der Friedensvertrag zugleich mit dem Waffenstillstand abgeschlossen wird.

Eine lettische Friedensabordnung ist bereits in Dorpat eingetroffen, ebenso eine litauische. Beide nehmen aber nicht an den Verhandlungen teil, sondern warten erst ab, welches Ergebnis die Besprechungen zwischen Estland und Rußland haben.

Neue Verzögerung

Paris, 8. Dezember.

Das „Journal" glaubt, daß wenig Aussicht bestehe, daß die Aufforderung der Alliierten heute schon an Deutschland zugestellt werden könnte. Das Blatt bedauert die Verzögerung und befürchtet neue Milderungen. Worin könnte man noch nachgeben?, fragt das Blatt. Der Oberste Rat hat die Formel eines Ultimatums beiseite gestellt und zugelassen, daß bei der Erledigung des Zwischenfalles von Scapa Flow berücksichtigt wird, inwieweit Deutschland über Hafenmaterial verfügt. Er ist soweit gegangen, zuzugeben, daß die Drohung einer militärischen Aktion nur bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrags bestehen bleiben soll.

Laut „Echo de Paris" haben noch nicht alle alliierten Staaten ihre Zustimmung zur Androhung des militärischen Zwanges verkündet. Der Oberste Rat hält heute in der Angelegenheit der Note eine weitere Sitzung ab.

Der Strafantrag im Marloh-Prozeß

Berlin, 8. Dezember.

Im Marlohprozeß beantragte der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. Meyer gegen den angeklagten Oberleutnant Marloh wegen Totschlag, unerlaubter Entfernung und Urkundenfälschung eine Gesamtstrafe von drei Jahren und zwei Monaten Gefängnis, von denen zwei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden sollen.

Wieder Ruhe in Bitterfeld

K. Bitterfeld, 8. Dezember.

Da die Ruhe und Ordnung im Bitterfelder Industriegebiet wieder eingekehrt ist und überall gearbeitet wird, soll, wie wir hören, in den nächsten Tagen mit der Zurückziehung des Militärs aus dem Bitterfelder Industriebezirk begonnen werden.

*

Chemnitz, 8. Dezember.

Nach langen Verhandlungen sind, wie das „Chemnitzer Tageblatt" berichtet, die Streitigkeiten in der Metallindustrie zwischen den Angestellten und den Arbeitgebern unter gegenseitigen Zugeständnissen beigelegt worden. Die Arbeit wurde heute früh wieder aufgenommen.

Anschluß Lübecks an Preußen

Sutin, 8. Dezember.

Der Landesausschuß der Provinz Lübeck beschloß, das Staatsministerium zu ersuchen, die allgemein als notwendig erkannte Lostrennung der Provinz von Oldenburg zu prüfen und mit den benachbarten Landesgebieten Preußens und dem Freistaat Lübeck wegen des Anschlusses der Provinz Verhandlungen einzuleiten. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen soll dem Landesausschuß Bericht erstattet werden.

Um die Einwohnerwehr

Königsberg, 8. Dezember.

In einer Massenversammlung von Königsberger Bürgern zur Werbung für die Einwohnerwehr wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der angesichts der drohenden Gefahr des Bolschewismus die schärfste Verwahrung gegen die in der Ententenote geforderte Auflösung der Einwohnerwehren eingelegt und die Reichsregierung dringend um ausreichenden Schutz für das Heimatland ersucht wird. Ferner wird darin die Nationalversammlung aufgefordert, bei der Reichsregierung mit aller Schärfe dahin zu wirken, daß die Einwohnerwehren nicht aufgelöst werden.

Der Untersuchungsausschuß

Berlin, 8. Dezember.

Heute vormittag trat der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung in seinen Geschäftsräumen Unter den Linden zu einer Vollsitzung zusammen. Es wurden rein juristische Fragen erörtert: die Verbesserung der Methoden bei der Untersuchung, die strafprozessualen Möglichkeiten und endlich die Frage, ob Regierungsmitglieder berechtigt seien, sich an der Fragestellung zu beteiligen. Dieser letzte Punkt bezieht sich wohl vor allem auf das Verhalten des Reichsministers David, der bekanntlich bei fast allen Sitzungen des Untersuchungsausschusses Fragen an die Zeugen richtete. Es entspann sich eine längere Debatte, an der sich Redner aller Parteien beteiligten.

Politisches Allerlei

Von

Dr. Karl Negenborn-Liegnitz,

Mitglied der preußischen Landesversammlung.

Bei der Beratung des Staatshaushaltes in der preußischen Landesversammlung fanden Verhandlungen statt, die ein Bild der Grundsätze ergaben, nach denen wir von den Männern der Revolution regiert werden. Drei Minister wurden aufgeboten zu Angriffen gegen die Rechte und zugleich zur Werbung um die Liebe der Unabhängigen, mit denen die Mehrheitssozialisten sich gar zu gerne vereinigen möchten.

Eingeleitet wurde die Debatte durch eine vom Ministerpräsidenten Hirsch vorgelesene Rede. Vorwürfe nach rechts — Liebe zur äußersten Linken. Das Ordnungsprogramm des deutschnationalen Führers Hergt sei ein Zeichen, daß seine Partei aus dem Schmollwinkel, aus unfruchtbarer Opposition herausgehen und sich der Regierung zur Mitarbeit zur Verfügung stellen wolle, aber Herr Hergt sei von seiner eigenen Partei verlassen worden. Der Deutschnationale Graef wies nach, daß die ganze Partei hinter Herrn Hergt und seinem Ordnungsprogramm stehe, und brachte im übrigen eine Fülle von Beschwerden vor: Warum man für die ganz überflüssigen Staatskommissare noch nicht einmal das Gehalt von der Landesversammlung erbeten habe? Warum bei der Besetzung von Landratsämtern die von Minister Heine feierlich proklamierten demokratischen Grundsätze dort nicht beobachtet würden, wo bürgerliche Mehrheiten vorhanden seien? Warum die Arbeiterräte noch nicht beseitigt seien? Warum die Weinbestände des königlichen Schlosses nicht versteigert, sondern freihändig an die Minister verkauft worden seien? Warum eine Antwort wegen Verwendung von Staatsmitteln zu sozialdemokratischer Propaganda noch nicht erteilt worden sei?

Der Minister Heine war seiner Gepflogenheit gemäß zunächst nicht anwesend, und als er geholt worden war, erklärte er auf eine von Herrn Graef nebensächlich gestellte Frage, daß er nicht drei Schreibmaschinendamen habe, sondern nur zwei — darüber, ob diese Damen Verfügungen an die vortragenden Räte des Ministeriums an Stelle des Ministers unterschreiben, erklärte er sich nicht. Er konnte dazu nichts sagen, weil es eben so ist. Und dann kam das Prunkstück der Rede. Wenn Herr Graef, sagte der Minister, ihn nach demokratischen Grundsätzen frage, so mache er so: und er veranschaulichte das bekannte Wort als Götz von Berlichingen, indem er Herrn Graef den Rücken zudrehte. Ein unerhörter Vorgang, der kennzeichnend ist für die Manieren dieser Männer. Zu gleicher Zeit veröffentlichte Herr Ernst Heilmann in der sozialistischen Korrespondenz niedrigste Beschimpfungen über den Minister Helfferich, und im „Vorwärts" stand über unsere prachtvolle Margarete Behm ein Gedicht von solcher Gemeinheit, daß es gar nicht wiedergegeben werden kann. Und dieselben Herren Heine und Heilmann haben den traurigen Mut, sich über den Ton der deutschnationalen Presse zu beschweren.

Die preußische Verfassung, erklärte Minister Heine, könne erst vorgelegt werden, wenn eine Verständigung darüber unter den Regierungsparteien erfolgt sei, damit die Koalition nicht in die Brüche gehe. Und dann folgten wieder liebevolle Ermahnungen an die Unabhängigen, die Herr Heilmann gleich darauf in die Worte faßte: Wir sind jederzeit zur Einigung mit den Unabhängigen bereit.

Dann trat der Finanzminister Südekum auf den Plan und prägte wieder geflügelte Worte für den Revolutionsbüchmann, der hoffentlich bald erscheinen wird: Preußen habe sich groß gehungert, jetzt müßten wir uns freihungern, freifrieren, freiträumen und wenn nötig, freirasen. Gerast wird allerdings genug in Deutschland, nur haben wir leider keine Aussicht, auf diesem Wege zu Ordnung und wirklicher Freiheit zu kommen.

In einer großangelegten Rede erwiderte der deutschnationale Dr. Hötzsch: das Hungern sei in der Vergangenheit doch nur eine Begleiterscheinung gewesen, das Wesentliche sei, daß Preußen sich großgearbeitet habe, und daß es an der Arbeit jetzt fehle. Wie bescheiden in dieser Beziehung die Regierung ist, beweis der Ministerpräsident Hirsch: Man habe sich nach Kräften abgemüht, Ruhe und Ordnung zu erhalten und den kranken Wirtschaftskörper der Gesundung entgegenzuführen: daß das gesteckte Ziel erreicht worden sei, wage er selbst nicht zu behaupten. Das ich wenigstens ein ehrliches Bekenntnis eigener Schwäche. Im übrigen war es charakteristisch für die mehrtägigen Verhandlungen, daß in ihnen vom Ministerpräsidenten überhaupt nicht mehr die Rede war. Preußen hat eben tatsächlich kein Staatsoberhaupt, der Mangel eines solchen und auch der Mangel einer Ersten Kammer als Gegengewicht macht sich immer wieder fühlbar, und so geht der bestfundierte Staat der Welt dem wirtschaftlichen Ruin entgegen.

Zu bemerken ist noch, daß das Liebeswerben um die Unabhängigen ohne Erfolg blieb, da der U.-Sozialist Ludwig den Ton, den die Regierung ihnen gegenüber ange-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912091-13/fragment/page=0001

schlagen habe, als schwodderig bezeichnete und die Bedingungen für die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien wie folgt festlegte:

1. Politischer Klassenkampf;
2. Verzicht auf die Koalitionspolitik mit dem Bürgertum;
3. Preisgabe der Noskeschen Gewaltpolitik.

Soweit werden selbst die Herren Hirsch, Heine und Südekum kaum gehen können und so wird es bei dieser schwachen Koalitionsregierung bleiben. Wenn Minister Heine sagte: Sie glauben garnicht, wie einig wir sind, und wenn Herr Friedberg bestätigte, man sei ein Herz und eine Seele, so ist das sehr niedlich, nachdem Herr Heine in Dessau gegen die verbündeten bürgerlichen Parteien, besonders gegen das Zentrum, die schwersten Vorwürfe erhoben hatte und nachdem eben erst in wichtigen Abstimmungen Zentrum und Demokratie die eigene Regierung im Stich gelassen hatte.

Eine Regierung, die so schwach und zerfahren ist, kann der Kritik nicht entbehren. Und wenn die Männer der Regierung sich immer wieder über diese Kritik beschweren, so beweisen sie damit nur, daß sie das parlamentarische System noch nicht begriffen haben. Kritik zu üben, ist Pflicht der parlamentarischen Opposition. Hiervon und von den positiven Zielen der Deutschnationalen Volkspartei soll in einem folgenden Aufsatz gesprochen werden.

Der Marloh-Prozeß

Der Strafantrag. — Die Plaidoyers der Verteidiger. — Ein Schlußwort Marlohs.

Berlin, 8. Dezember.

Wider Erwarten wurde am heutigen Montag vormittag die am Sonnabend bereits abgeschlossene Beweisaufnahme noch einmal aufgenommen, da der ehemalige Intendant der Kommandantur Dr. Bongacks über die inneren Zusammenhänge, welche zur Abhaltung des Löhnungsappells in der Französischen Straße führte, nähere Angaben machte, und dabei die Leitung der V. M. D. heftig angriff und auch ein anschauliches Bild der Zusammensetzung der V. M. D. gab.

Zeuge Kirschbaum: Ich hatte von der Brigade Reinhard den Befehl erhalten, unter den Papieren im Kassengeschäftszimmer in der Französischen Straße Nachforschungen zu halten. Es kamen viele Leute dorthin, die Auskunft haben wollten. — Vors.: Ja, hatten Sie denn aber einen Beweis für die Annahme, daß die Zahlmeister über russische Gelder verfügten? Wie kamen Sie denn überhaupt zu dieser Behauptung? — Zeuge Kirschbaum: Das weiß ich nicht mehr. — Vors.: Herr Oberst Reinhard, ist es richtig, daß eine gewisse Gehässigkeit bei den Truppen gegen die V. M. D. bestanden hat? — Oberst Reinhard: Ich hatte mit meiner kleinen Truppe einen Teil der Stadt ungefähr bis zur Friedrichstadt zu sichern. Außerdem hatte ich noch eine Wache im Auswärtigen Amt. Als vom Generalkommando Lüttwitz der Befehl kam, den Appell in der Französischen Straße zu verhindern, gab ich der Abteilung Kessel, die mir damals noch unterstand, den Befehl, die Angelegenheit zu übernehmen. Kessels Abteilung war in enger Fühlung mit der Staatsanwaltschaft, hauptsächlich gegen das Verbrechertum aufgestellt worden. Die Abteilung unterstand mir lediglich dem Namen nach. Da ich meine Leute nach der Französischen Straße nicht ohne bestimmte Befehle schicken konnte, beauftragte ich die Abteilung Kessel mit den nötigen Ermittlungen. Ich glaubte damals nicht, daß viele Matrosen sich zusammenfinden würden. Hätte ich gewußt, daß ein Appell stattfinden sollte, so hätte ich die vorgesetzten Dienststellen gebeten, diesen Appell zu untersagen. Am 4. März hatten mich Truppen des Herrn Müller in der Hannoverschen Straße angegriffen. Infolge der Verauktung dieser Umstände konnte ich meinen Leuten doch nicht sagen: „Laßt euch zunächst angreifen, und wer dann noch lebt, der schießt wieder." Das hätte kein Soldat der Welt verstanden. Es sind hier ehrenrührige Angriffe gegen Hauptmann v. Kessel geführt worden. Es kann nicht meine Sache sein, zu entscheiden, ob er tatsächlich Ueberzeugte begangen hat oder nicht. Als alter Vorgesetzter des Hauptmanns v. Kessel aus dem Feldzuge muß ich jedoch sagen, daß ich ihn als einen tapferen, zuverlässigen und hervorragend tüchtigen Offizier kennen gelernt habe. Er hat mich und die Regierung in den Märztagen außerordentlich unterstützt. Ich erinnere nur an die von ihm durchgeführte Aufhebung des Roten Soldatenbundes, bei der es ohne irgendeinen Verlust abging. Ich muß auch noch auf etwas hinweisen, das für die hochanständige Gesinnung des Hauptmanns v. Kessel spricht. Bei seinen bisherigen Aussagen geht er stets über die Personen, welche die Flucht Marlohs veranlaßt haben sollen, mit Stillschweigen hinweg.

Hiermit tritt nun endgültig Schluß der Beweisaufnahme ein.

Die Rede des Anklagevertreters.

Der Verhandlungsleiter erteilt nunmehr dem Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Meyer, das Wort, der ausführt: Es ist ein überaus trauriger Vorfall, der sich am 11. März in der Französischen Straße abgespielt hat. Es entwickelt sich hier ein Zeitbild, wie es trauriger nicht gedacht werden kann. Vor Jahren wäre so etwas in Deutschland nicht möglich gewesen. Dazu bedurfte es erst der Zermürbung dieses schrecklichen Krieges, um derartige Dinge möglich zu machen. Ich muß Sie, meine Herren Richter, bitten, das politische von dem persönlichen Moment zu trennen. Welchen Parteien Sie auch angehören mögen, Ihre Parteizugehörigkeit muß im Augenblick ruhen.

Ich will hier nur die Tatsachen feststellen und stelle als erstes fest, daß damals bekanntgemacht worden war: Jeder Angehörige der Volksmarinedivision, der noch mit der Waffe getroffen wird, wird nach Kriegsrecht behandelt, das heißt mit deutlicheren Worten, er wird erschossen. Der Anklagevertreter schildert nun im einzelnen die Verhältnisse, die sich in der Französischen Straße entwickelt hatten, und hält es dem Angeklagten zugute, daß er geglaubt hat, es handle sich um eine gesetzwidrige Zusammenkunft der V. M. D. Diesen Sachverhalt muß ich ergänzen durch die Beantwortung der Frage: War diese Erschießung der neunundzwanzig Mann objektiv gesetzlich zulässig oder nicht? Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, die Erschießung war ungesetzlich! An der traurigen Entwicklung der Dinge und dem traurigen Erfolg hat das unheilvolle Nebeneinanderarbeiten der Behörden mit die Schuld! Der damalige Apparat hat vollkommen versagt und Schiffbruch gelitten. Möchte doch das deutsche Volk aus diesem Prozeß lernen. Ich stelle hier fest, daß die Leute, die erschossen wurden, unschuldig erschossen worden sind. Im Laufe der Voruntersuchung sind sehr viele Angehörige der Erschossenen, die ihres Ernährers beraubt sind, mit der Bitte an mich herangetreten, sie zu entschädigen. Ich bin nicht die dazu berufene Instanz, aber ich glaube eine Verpflichtung zu erfüllen, wenn ich hier öffentlich die Bitte ausspreche, die Leute, soweit sie ihres Ernährers beraubt sind, zu entschädigen. Es erscheint mir eine moralische Pflicht des Staates. Oberst Reinhard und Hauptmann von Kessel können nicht als Schuldige angesehen werden. Ich kann die Anklage nach dem bisherigen Gang der Verhandlung nicht mehr in vollem Umfang aufrechterhalten. Ein Mord liegt nicht vor. Es spricht manches dafür, daß der Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt hat. Die Voraussetzungen des Mordes sind aber nicht gegeben. Viele Zeugen haben hier nun ausgesagt. Marloh sei sehr ruhig gewesen. Aber der Angeklagte kann sich beherrschen. Er ist durch seine Erziehung und durch die militärische Disziplin zu einem Menschen geworden, der durchaus Gewalt über sich haben muß. Er ist aber zweifellos in ungeheurer Aufregung gewesen, dafür spricht, daß er in völlig apathischer Stimmung später in Moabit angekommen ist. Und nun, meine Herren, vergegenwärtigen Sie sich die Lage Marlohs mit seinen Leuten in den engen Räumen des Hauses der Französischen Straße. Er selbst durch seinen verstümmelten Arm in gewisser Unbeholfenheit, zermürbt durch die vielen Verwundungen eines vierjährigen Krieges. Trotz seiner vielen Verwundungen hat sich Marloh aber immer wieder ins Feld hinaus gemeldet. Nun bekommt er plötzlich Befehle, die ihm u. a. Schlapperei vorwerfen. Wie das auf einen jungen Offizier wirken muß, ist klar; denn Marloh ist alles andere, als schlapp gewesen. Das bezeugen seine vielen Verwundungen und seine Teilnahme am Kriege trotz seiner Versümmelung. Denn der Angeklagte ist nicht roh, er sagt sich in dem Moment: Ich muß es tun, ich habe daher den Eindruck, er hat Hals über Kopf gehandelt. Nach der Erschießung hat er sofort das Feld geräumt. Das, meine Herren, ist meine Auffassung, und ich glaube, auch Sie werden sich dem anschließen, daß nur Totschlag vorliegt. Der Mangel an Ueberlegung, aus dem Marloh gehandelt hat, schließt aber das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht aus. Der Angeklagte ist aber nicht nur des Totschlags, sondern auch noch der Vergehen gegen die §§ 115, 149 M.St.G.B. angeklagt: daß er unter Mißbrauch der Dienstgewalt einen Untergebenen zu dem Verbrechen veranlaßt hat. § 149 M.St.G.B. sagt: Wer einen Untergebenen dazu auffordert, ist streng zu bestrafen. Ferner ist Marloh angeklagt wegen unerlaubter Entfernung. Er sagt allerdings, er sei beurlaubt worden. Dieser Einwand ist nicht [illegible] Wenn ein Kompagnieführer seinem Burschen sagt, fliehe, es geschieht im Staatsinteresse, dann würde ich den Einwand gelten lassen. Wenn aber ein Offizier einen gleichrangigen Kameraden dazu auffordert, dann ist das etwas anderes. Der Brief Marlohs, der Geisteskrankheit vortäuscht, kann nur geschrieben worden sein, um eine Täuschung vorzubereiten. Was die Urkundenfälschung anbetrifft, so muß dies nach § 270 beurteilt werden. Sie werden, meine Herren, zu beurteilen haben, ob mildernde Umstände geltend gemacht werden können. Dadurch, daß Marloh den Kopf verloren hat, ist er das Opfer dieser Zeit geworden. Ich kann ihm mildernde Umstände nicht versagen, ich kann nicht einmal unter Berücksichtigung der mildernden Umstände, die für diesen Fall vorgesehene gesetzliche Höchststrafe beantragen. Ich meine, daß drei Jahre Gefängnis eine ausreichende Sühne sind. Für die unerlaubte Entfernung aus dem Heere beantrage ich drei Monate. Die Urkundenfälschung muß ich noch milder beurteilen, da die Urkundenfälschungen einen derartigen Umfang angenommen haben, daß wir Richter uns fragen müssen, ob Urkundenfälschung überhaupt noch strafbar ist. Ich beantrage eine Woche Gefängnis. Ich bitte die Gesamtstrafe auf drei Jahre zwei Monate Gefängnis zusammenzulegen und zwei Monate auf die Untersuchungshaft anzurechnen. Außerdem beantrage ich Dienstentlassung.

Darf ich noch eins hinzufügen: Ich möchte mich gegen den Vorwurf bewahren, daß ich für eine Straftat, die neunundzwanzig Menschen das Leben gekostet hat eine zu geringe Sühne angesetzt habe. Ich meine, daß die Angehörigen der Getöteten die Strafe für zu milde empfinden werden. Ich kann aber durch solche Erwägungen meine richterliche Meinung nicht beeinflussen lassen. Ich stehe hier absolut über allen Parteien und Regungen. Ich weiß auch, daß man von anderer Seite das Gegenteil behaupten wird. Wer die Tat Marlohs beurteilen will, muß die Geschichte der damaligen Zeit eingehend studieren, um zu einem Urteil zu gelangen. Milde ist einem Offizier gegenüber, der sein Bestes — Kopf und Glieder — für das Vaterland gegeben hat, und der in einer schwierigen Lage und unter dem Druck der Verhältnisse gefehlt hat, durchaus angebracht.

Nach einer kurzen Mittagspause nimmt die Verhandlung im Prozeß Marloh ihren Fortgang. Nach den Plaidoyers der beiden Verteidiger erhält der Angeklagte das Schlußwort. Marloh spricht mit lauter Stimme zu dem Vorsitzenden: Ich bedauere tief, daß meiner Tat eine Anzahl von Menschen zum Opfer gefallen sind. Ich habe aber lediglich meine Pflicht als Offizier getan, ich habe mich auch nicht unerlaubt entfernt, auch habe ich keine Urkundenfälschung begangen. In diesem Augenblick ruft eine ältere Dame aus dem Zuschauerraum: „Jawohl, Marloh muß freigesprochen werden!" Sie will dann vorstürzen, auf die Angeklagten zuzugehen, wird aber von den Umstehenden und einigen Polizisten zurückgewiesen. Die Verhandlung wird darauf vertagt.

Vor dem Gerichtsgebäude hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt, die sich in lebhaften Meinungen für und gegen den Angeklagten ergingen. Für die an der Verhandlung beteiligten Offiziere standen einige Autos bereit.

Zur Entstehung der „Deutschen demokratischen Partei"

Eine wertvolle Urkunde

Als Herr Scheidemann seine Bemühungen um die Einigung der sozialdemokratischen Parteien begann und dabei betonte, daß eine Regierungskoalition mit Zentrum und Demokraten nur ein Notbehelf sei, fing man auch im Zentrum an, der Sozialdemokratie die kalte Schulter zu zeigen. In der „Germania" wie der „Kölnischen Volkszeitung" wurde das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie damit entschuldigt, daß unmittelbar nach der Revolution eine Regierung gegen die Sozialdemokratie nicht möglich gewesen sei. Von deutschdemokratischer Seite dagegen wurde das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie als etwas durchaus Natürliches bezeichnet und hervorgehoben, daß ein Regieren gegen die Sozialdemokratie für die „Deutsche demokratische Partei" schon deshalb nicht in Frage komme, weil diese ihre Entstehung zu der Revolution verdanke. So schrieb die „Frankfurter Zeitung", ein führendes Organ dieser Partei, am 17. November in Nr. 862 folgendes:

„Die Deutsche demokratische Partei kann schon deshalb nicht auf die Gegenseite treten, weil sie ja der Revolution — nicht der Meuterei der Matrosen, nicht der Revolution des Sozialismus, sondern dem, was schließlich eine Revolution der Demokratie geworden ist — ihre Entstehung verdankt, und weil sie ganz politisch und teilweise führend (Preuß) mitgearbeitet hat, dieser Revolution ihre bisherige Erfüllung zu geben. Anschluß an irgend eine auch bloß im leisesten gegenrevolutionäre Mehrheit und Regierung ist für die Demokratie auch darum ausgeschlossen, weil sie darüber sofort in zwei Teile auseinanderbrechen und dann als ernsthafter politischer Faktor nicht mehr vorhanden sein würde."

Damit ist die demokratische Partei durchaus zutreffend gekennzeichnet, und man wird diese Aeußerung zur Sammlung der Belege nehmen müssen, die man für die Aufklärung jedenfalls zur Hand haben muß.

Was hier gesagt ist, trifft aber mehr oder weniger für die gesamte Mehrheitsregierung zu, die ihre Entstehung den Wahlen vom Januar d. J. verdankt, den Frieden von Versailles geschlossen, die republikanische Verfassung verabschiedet und zur Rechtfertigung ihres Tuns den Kampf gegen das alte System und gegen rechts ins Werk gesetzt hat. So lange die Mehrheitsparteien und ihre jetzigen Führer auf dieser Grundlage stehen, sind sie festgelegt und schon deshalb unfähig, den vollständigen und grundlegenden Wandel zu vollziehen, der für eine Wendung zum Bessern nötig wäre. Das darf auf der rechten Seite nicht vergessen werden. Die Mehrheitsverhältnisse der deutschen Nationalversammlung und auch der preußischen Landesversammlung lassen schwerlich eine Regierungsmehrheit auf anderer Grundlage als der jetzigen zu. Erst die Neuwahlen können die nötige Aenderung bringen. Hier liegen darum die Aufgaben der rechtsstehenden Parteien und Politiker, hier die Aussichten auf Wandel und Besserung, für die gearbeitet werden muß.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

65] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

11. Kapitel.

Wie der Polizeirat Dorenbusch vorausgesagt, hatte kam er am Abend des nächsten Tages von seiner Reise nach Hamburg zurück. An seiner vergnügten Miene erkannte der Untersuchungsrichter sofort, daß jener wichtige Dinge ermittelt hatte.

„Nun, alter Freund, Sie zeigen mir ja ein so triumphierendes Gesicht, als hätten Sie unseren geheimnisvollen Mörder sofort mitgebracht."

„Ne, das ist nun gerade nicht der Fall. Doch die Reise ist nicht vergeblich gewesen. Und worüber ich mich am meisten freue, das ist die Tatsache, daß mein alter Grundsatz „Der Zufall ist des Kriminalisten bester Bundesgenosse" sich wieder einmal glänzend bewährt hat."

„So so — und wie heißt diesmal der Zufall?"

„Druckfehler."

„Druckfehler? Verzeihen Sie, Freund, das klingt etwas unklar."

„Ich glaube schon. Die Sache wird Ihnen jedoch außerordentlich klar sein, sobald Sie meinen Bericht gehört haben. Sind Sie geneigt, ihn augenblicklich entgegenzunehmen?"

„Aber Menschenskind, Sie sehen doch, daß ich schmerzlich darauf warte."

„Na also, dann kann's losgehen. Nur erst 'nen Glimmstengel unter die Nase."

Er nahm aus der Zigarrentasche des Untersuchungsrichters eine Zigarre, setzte sie in Brand und begann dann:

„Also: ich kam nach Hamburg und zog in den „Deutschen Kaiser" ein. Nachdem ich mal erst in aller Ruhe zu Mittag gegessen hatte, ließ ich mir den Herrn des Hauses herbitten — nämlich den Herrn Direktor. Der kommt und ich erzähle ihm unseren Fall. Natürlich schüttelt er den Kopf — Gott, so viele Leute wohnen im „Deutschen Kaiser" zu Hamburg, die von dort nach Berlin reisen. Na, ich zeige ihm mal den Briefkopf, ob er die Handschrift kennt — vielleicht an Hand der Eintragungen im Hotelbuch. Er aber schüttelt den Kopf, dabei betrachtet er andauernd den Briefbogen, nicht die Schrift. Und immer verwunderter wird das Schütteln seines Kopfes. Er schüttelt ihn so lange, bis ich ungeduldig werde. „Was haben Sie denn?" fragte ich. „Stammt der Briefbogen etwa nicht aus Ihrem Hotel?" — „Das wohl," antwortet er, „jedoch — ich begreife nicht — halt, mir fällt etwas ein! Mit diesen Briefbogen ist etwas besonderes losgewesen — aber was — —? Ha, jetzt erinnere ich mich! Das ist ja einer von den Briefbogen, die mir so viel Aerger und Scherereien verursacht haben! Sogar einen Prozeß hatten wir ihretwegen." — „Einen Prozeß?" — „Ja, mit der Druckerei. In dem Briefbogen war nämlich ein Druckfehler. Die Fernsprechnummer war falsch. Zwar hatte die Druckerei mir vorher einen Probedruck geschickt, den ich aber nicht auf die Richtigkeit, sondern nur auf die künstlerische Ausführung hin geprüft hatte. Zum Donnerwetter, ich hatte doch der Druckerei ein richtiges Muster eingeschickt. Na, wie gesagt, es kam zum Prozeß, und die Entscheidung —" — „Verzeihen Sie, Herr Direktor, der Ausgang des Prozesses interessiert mich weniger. Was geschah aber mit den verdruckten Briefbogen?" — „Die haben wir der Druckerei zurückgeschickt — selbstverständlich!" — „Sie haben also in Ihren Schreibzimmern gar nicht ausgelegen?" — „Doch — leider! Aber nur einen Tag lang." — „Ah, — also doch! Welch ein Tag das war, läßt sich wohl nicht mehr feststellen?" — „Ei freilich, mein Herr! Warum denn nicht? In einem geordneten Betriebe läßt sich alles feststellen. Wenn Sie nur einen Augenblick Geduld haben wollen will ich Ihnen das sofort sagen." — „Am besten, Herr Direktor, wäre es wenn ich mitginge zu Ihrem Büro. Vielleicht gibts noch mehr nachzusehen." — „Da haben Sie recht. Ich stehe Ihnen mit Vergnügen zu Diensten."

Der Polizeirat setzte seine Zigarre, die ihm während seiner lebhaften Darstellungen ausgegangen war, von neuem in Brand.

„Nun, wir begaben uns in das Schreibzimmer des Herrn Direktors. Er blätterte in seinen Papieren und hatte auch bald herausgefunden, daß die Geschichte mit den falschen Briefbogen um zwei Jahre zurücklag. Er stellte fest, daß die Bogen am Abend des 3. Juli geliefert und am Morgen des 4. ausgelegt worden waren. Am Abend dieses Tages war der Fehler schon entdeckt und die Bogen durch andere ersetzt worden."

„Ah — vortrefflich," bemerkte der Untersuchungsrichter. „Und der Bogen, der uns hier vorliegt, ist einer der falschen?"

„So ist es."

„Also muß der, der ihn in Besitz hatte, vor zwei Jahren am 4. Juni im „Deutschen Kaiser" zu Hamburg gewohnt haben."

„Ganz recht. Es war nun natürlich unser Nächstes, das Fremdenbuch durchzusehen, um festzustellen, wer an jenem Tage den „Deutschen Kaiser" mit seiner Anwesenheit beehrt hatte. Und ich muß gestehen, lieber Kollege, daß das Ergebnis mich überraschte, obwohl ich es erwartet hatte —"

„Nun — und — —?"

„Wir stießen auf den Namen Laura Bürklin."

„Aha!" rief der Untersuchungsrichter und lehnte sich mit einem Aufatmen in seinem Stuhle zurück. „Laura Bürklin hat uns ja freilich selbst mitgeteilt, daß sie vor zwei Jahren in Hamburg geweilt hat —"

„Wann hat sie das gesagt? Ich weiß nichts davon!" rief der Polizeirat.

„Ich war gestern wegen einer Handschriftvergleichung bei Fräulein Bürklin. Auch Landgerichtsrat Sigismund war mit. Sie erklärte ganz offenherzig — wir mir schien, sogar mit einem gewissen Hohn —, daß sie vor zwei Jahren vorübergehend im „Deutschen Kaiser" zu Hamburg gewohnt habe."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912091-13/fragment/page=0002

Die deutsche Arbeiterbewegung

Von D. Reinh. Mumm, M. d. N.

Es ist wenig beachtet worden, wie stark in den letzten Monaten die christlich-nationale Arbeiterbewegung sich gefestigt hat. Dadurch, daß die christlich-nationalen Gewerkschaften vor wenig Tagen sich mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband und den nationalen Beamtenverbänden zu einem Gewerkschaftsbund vereinigten, stehen jetzt zwei Millionen Arbeiter und Gehilfen in geschlossener Organisation der roten Flut gegenüber.

Wenn wir Deutschnationalen einen Ebert, einen Scheidemann, einen Bauer, einen Noske bekämpfen, bekämpfen wir nicht den „Arbeiter, der es zu etwas gebracht hat". Wir bekämpfen die Männer, die eine für Deutschland unheilvolle Politik treiben. Die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes wird von der Deutschnationalen Volkspartei rückhaltlos anerkannt; wir erachten es für eine höchst erfreuliche Erscheinung, daß in unsern Reihen, auch in unseren Fraktionen, Männer und Frauen aller Stände: Arbeiter und Arbeitgeber, Handwerker und Landwirte, Gelehrte und Beamte gleichberechtigt sind. Die Deutschnationalen sind auch stets dafür eingetreten, daß die Koalitionsfreiheit rechtlich festgelegt, der Schutz und das Recht der Landarbeiter zeitgemäß neu geordnet, daß Berufsverbände und Gewerkschaften gesetzlich anerkannt werden. Noch neuerdings hat der Führer der Deutschnationalen Partei, Staatsminister Hergt, sich auf den Boden des Arbeitstarifes gestellt und den Ausbau der sozialen Verfassung gefordert. Der Reichsarbeitsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei (Berlin SW. 11, Bernburger Straße 24) unter Führung von Müller und Hartwig arbeitet an der Gestaltung des deutschnationalen Arbeiterprogramms. Jedenfalls ist die Durchdringung der deutschen Arbeiterschaft mit christlich-nationalen Gedanken eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Je mehr Mehrheitssozialisten und unabhängige Marxisten sich unter Scheidemanns Führung zu vereinigen streben, desto nötiger ist es, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung, die als interkonfessionelle und interfraktionelle Bewegung alle Gaue unseres Vaterlandes umfaßt, ein Verständnis in allen Kreisen unseres Vaterlandes findet, in denen der deutschnationale Gedanke leuchtet.

Das Spiel um Oberst Reinhard

Nachdem der „Große" Franz Krüger in der sozialdemokratischen Funktionärversammlung am Donnerstag als erster Offiziosus erklärt hatte, Oberst Reinhard sei entlassen, hatte die „Deutsche Allgemeine Zeitung" als zweiter Offiziosus erklärt, das sei nicht der Fall, es solle erst das Ergebnis des Marloh-Prozesses abgewartet werden. Darauf kamen gestern die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten" als dritter Offiziosus und erklärten, Oberst Reinhard sei doch entlassen, und alle Kommentare zu dem ersten Dementi änderten an dieser Tatsache nichts: Am Sonnabend abend aber kam der vierte Offiziosus in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu Wort und erklärte, die „P. P. N." wüßten nichts; es sei und es bleibe, wie Offiziosus Nummer zwei gesagt habe. Womit man sich aber vorerst zu beruhigen hat und nur hinzuzufügen braucht, daß die Art, wie man in der Sozialdemokratie und sonstwo eine Beflissenheit bekundet, den Mann, dem man verdankt, daß nicht die ganze Herrlichkeit schon längst im bolschewistischen Terror erstickt ist, den Masseninstinkten zum Opfer zu bringen, jeden Menschen den Ekel hochkommen läßt. Daß bei diesem schmählichen Treiben auch das unabhängige Organ des Verlages Mosse nicht fehlen darf, versteht sich am Rande.

Das Loch im Westen

Paris, 8. Dezember.

Der „Matin" demonstriert in einem Artikel, wie gewisse Schieberkreise von dem Loch im Westen profitieren. Er stellt fest, daß etwa 100 derartige Kaufleute verfolgt würden, und sagt: Reis, der in Frankreich für 85 Franken pro 100 Kilo, für einen Franken das Kilo verkauft werde, werde in den besetzten Rheinlanden zu 150—170 Franken verkauft. Schweinefett, zu 60 Franken gekauft, erreiche einen Preis von 6,35 Franken pro Kilo in den Rheinlanden. Bei einem Waggon Reis hätten die Schieber etwa 10 000 Franken verdient. Auch Fett sei in großen Mengen nach dem besetzten Rheinland gegangen.

Die Fliegerwaffe

Keine Waffe hat wohl, mit Ausnahme der U-Boote, eine so rasche und zugleich vollkommene Ausbildung erfahren als die Fliegerwaffe. Sehr interessante Daten darüber bringt das 12. Heft der „Illustrierten Flugwelt".

Danach bestanden im August 1914: 41 Feldfliegerabteilungen und 8 Armeeflugparks. Jede Fliegerabteilung hatte 6 Flugzeuge. Ende 1918 hatten wir 309 Frontfliegerverbände zu 9 oder 18 Flugzeugen und 141 nicht an der Front fliegende Verbände. 1914 gab es in der Heimat 18 Fliegerverbände, 1918 108. Die Zahl des fliegenden Personals stieg von 500 auf 5000 am Ende 1918. 1914 standen 216 Flugzeuge an der Front, 1918 dagegen 5000. Im ganzen Kriege wurden rund 47 000 Flugzeuge fertiggestellt.

Die Leistungssteigerung der Flugzeuge ist ganz gewaltig. 1914 wurden 1500 Meter in 40 bis 50 Minuten erreicht, 1918 dagegen 5000 Meter in 20 Minuten. Die Zahl der Fabriken stieg von 8 im Jahre 1914 auf 53 im Jahre 1918. 1918 wurden etwa 2000 Flugzeuge und 1800 Motoren pro Monat fertiggestellt. 1918 wurden wöchentlich etwa 24 000 Quadratkilometer photographiert. Die Brennweite der Kamera betrug 1914 25 Zentimeter, 1918 bis zu 1,20 Meter, die Plattengröße 1914 9×12, 1918 bis zu 24×24 Zentimeter.

1914 gab es noch keinen Funkenverkehr, 1918 hatte die Hälfte aller Verbände Vorrichtungen zum Empfang, alle Flugzeuge Sendestationen!

Die Bewaffnung war 1914 eine Selbstladepistole, 1918 zwei Maschinengewehre und teilweise selbst Flugzeugkanonen.

Der deutschen Fliegertruppe sind von September 1915 bis September 1918 7425 erfolgreiche Luftkämpfe anerkannt worden. Unsere Verluste betrugen mit Hinzurechnung von etwa 1000 vermißten Flugzeugen 3128. An Fesselballonen verlor der Feind 614, wir 416.

An der Front fielen 1766 Offiziere und 1741 Unteroffiziere und Mannschaften, verwundet wurden 1423 bzw. 1207, vermißt sind 1864 bzw. 1379, zusammen 3870 Offiziere und 3837 Unteroffiziere und Mannschaften. Von den Vermißten kann man 50 Prozent als tot annehmen.

In der Heimat fanden 584 Offiziere und 1878 Unteroffiziere und Mannschaften den Tod.

Von 72 Rittern des Pour le Merite fielen 27.

Durch den Schmachfrieden ist die junge, aufblühende Fliegertruppe zerschmettert worden. Die Toten haben ihr Leben jedoch nicht umsonst geopfert, wenn wir in ihrem Sinne weiterarbeiten und danach streben, Deutschland aus dem Sumpfe der Jetztzeit wieder auf die ihm gebührende Höhe zu bringen. Hth.

Das Reichsministerium des Innern siedelt in das Generalstabs-Kommando am Königsplatz über. Zusendungen sind vom 9. Dezember 1919 ab zu richten nach Berlin NW. 40 Königsplatz 6.

Hotelstreik in Osnabrück. Die Hotels und Gastwirtschaften haben als Protest gegen polizeiliche Maßnahmen, wie Beschlagnahme von Vorräten, Ueberwachung und Kontrolle der Küchen und weitere noch in Aussicht gestellte verschärfte Maßnahmen, gestern vormittag den Betrieb eingestellt. Die Angestellten erklärten sich mit den Unternehmern solidarisch.

Bergrutsch im Saargebiet. Infolge des anhaltenden Regenwetters der letzten Tage ist auf der Strecke Canzem-Wiltingen ein gewaltiger Bergrutsch eingetreten. Die Massen überschütteten beide Gleise, sodaß der Verkehr Trier-Saarbrücken vollständig unterbrochen ist.

Der Grad der Verkommenheit, den das deutsche Eisenbahnwesen dank der Revolution erreicht hat, wird treffend durch folgende Anfrage beleuchtet, die von volksparteilicher Seite in der Nationalversammlung gestellt worden ist:

„Es ist bekannt geworden, daß darüber verhandelt worden ist oder wird, daß, falls es der deutschen Reichsregierung nicht möglich sein sollte, Ordnung im Eisenbahnwesen zu schaffen, das Ausland Rohstoffe (Oel, Kupfer, Dichtungen usw.) liefert, die Ausführung von Lokomotivreparaturen übernimmt und Lokomotiven in größerer Anzahl an Deutschland verkauft.

Ist die Reichsregierung bereit, Aufklärung über diese Verhandlungen zu geben? Ist es zutreffend, daß zur Sicherung etwa dafür zu leistender Zahlungen eine Verpfändung deutscher Eisenbahnen in Betracht gezogen wird? Macht der Stand der deutschen Reparaturwerkstätten eine Zuziehung ausländischer Hilfe erforderlich? Wenn ja, auf welche Umstände ist dies zurückzuführen?"

Sozialdemokratische Parteiwirtschaft im Kultusministerium. Ein Berliner Schulmann schrieb kürzlich der „Deutschen Tageszeitung": „Eine starke Parteiwirtschaft scheint im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu herrschen. Nachdem mehrere sozialdemokratische Lehrer als Hilfsarbeiter berufen sind, von deren „Tüchtigkeit" man bisher nichts vernommen hat, wird es jetzt sogar Sitte, in Gesuchen von Lehrern um Beförderung die Parteizugehörigkeit zur Sozialdemokratie hervorzuheben, vermutlich doch in der Annahme, dadurch eher Erfolg zu haben. Unter der vielgeschmähten früheren Regierung waren derartige Taktlosigkeiten nicht gestattet; Gesuche mit solchen Bemerkungen wären als ungehörig gar nicht erst befördert worden. Aber heute herrscht die Partei; die Tüchtigkeit ist nicht mehr maßgebend. Auch in sozialistisch verwalteten Großstädten ist bereits die Unsitte eingerissen, sich bei Bewerbungen um hervorragende Stellungen nach der Parteizugehörigkeit der Kandidaten zu erkundigen, und zwar bei untergeordneten Organen derselben." (!)

Ein Ministerium als Schiebersitz? Daß in dem einst unbestechlichen Deutschland die Korruption bedenklich tief eingerissen ist, ließ eine Erörterung in der letzten Stadtverordnetensitzung in dem westfälischen Städtchen Ahlen erkennen. In den Bahnhof lief vor einiger Zeit ein Wagen mit heißgelaufenen Achsen ein, der umgeladen werden mußte. Die Ladung bestand aus Kakao im Werte von 200 000 Mark und war an — das Reichsministerium des Innern gerichtet. Da die Sache verdächtig vorkam, wurde die Ladung beschlagnahmt und beim Reichsministerium telegraphisch Auskunft erbeten. Die telegraphische Antwort aus Berlin enthielt die Aufforderung, den Wagen nach Berlin abrollen zu lassen. Dem kam man in Ahlen aber nicht nach, weil man argwohnte, daß das Antworttelegramm nicht aus dem Reichsministerium des Innern stamme. Eine neuerliche Anfrage ergab, daß der Argwohn unbegründet war. Als nun die Ahlener weiteres wissen wollten, hüllte sich das Ministerium ebenso wie das Landespolizeiamt in tiefstes Schweigen. Um die Ladung Kakao kümmerte sich keine Menschenseele mehr. Jetzt ist die Nachricht von Ahlen gelangt, daß die Berliner Staatsanwaltschaft der Angelegenheit auf den Grund zu gehen bemüht ist, um dem Schieber, der sich offenbar im Reichsministerium des Innern eingerichtet hat, das Handwerk zu legen.

*

Wohltäter der Menschheit.

Das Reich sozialer Tugend — ward's.
Nicht schon von manchem Stern erhellt?
Doch alle überstrahlt Herr Sklarz
Und sein getreuer Sonnenfeld.

Was diese beiden mit Hurra
Anfaßten, kam sofort vom Fleck.
Sie schoben kräftig — ja doch, ja!
Doch alles nur zu edlem Zweck.

Sklarz tat aus Gütern, ihm verlieh'n,
Viel Gutes; und kein Mensch gewahrt's.
Es ist der heilige Crispin
Ein Waisenbüblein neben Sklarz.

Zur Weihnacht schickt' er prächt'ges Rauch
Und „and're Sachen" wunderbar,
Worüber Emil Eichhorns Frau —
Er schreibt es selbst — ganz selig war.

Jeglichem Ehemann gefällt's,
Sogar bei hohem Rechnungspreis.
Wer wäscht, ich bitte, dem den Pelz,
Der Pelze anzubieten weiß?

Doch Sklarzens still verdientes Geld —
Nichts Menschliches war Sklarzen fremd —
Hat seinerseits Herr Sonnenfeld
Selbstlos fürs Vaterland genemmt.

Wer sieht noch in die Zukunft schwarz,
Nun unser ist dies edle Paar?
O Land des Glücks, das einen Sklarz
Und einen Sonnenfeld gebar!

*

Es schenkt sein Bild mit der Unterschrift schwarz:
„P. Scheidemann seinem lieben Sklarz."
Ein jeder betrachtet's und lächelt dann:
„Das sieht Ihnen ähnlich, Herr Scheidemann!"

Caliban im „Tag".

Provinz Sachsen

Der Staatsrat für Anhalt

R. Dessau, 8. Dezember.

Der Staatsrat für Anhalt beschloß, den Entwurf einer Abänderung des Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz der Landesversammlung vorzulegen. Der Entwurf bezweckt, die Entschädigung für Viehseuchen (Rotz, Milzbrand) den Kreiskommunalverwaltungen abzunehmen und der Landesviehversicherung zu übertragen. — Gegenüber vielfach hervortretenden Wünschen nach Uebernahme der in Preußen ergangenen Bestimmungen über Befreiung vom Religionsunterricht wurde festgestellt, daß in Anhalt bereits allgemein die Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht und von den Schulandachten angeordnet worden ist. Ferner wurde der Entwurf eines Gesetzes über Familiengüter genehmigt, durch das die Auflösung der Fideikommisse in die Wege geleitet werden soll. Es wurde beschlossen, für Anhalt zwei Wuchergerichte zu errichten, und zwar eins in Dessau für die Kreise Dessau, Cöthen und Zerbst, und ein zweites in Bernburg für die Kreise Bernburg und Ballenstedt. Aus den Kreisen der Lebensmittelkontrolleure sind Wünsche nach Erweiterung ihrer Befugnisse laut geworden, insbesondere wollen sie das Recht zur Beschlagnahme vorgefundener Vorräte erhalten. Darüber muß zunächst der Erste Staatsanwalt gehört werden. Der Staatsrat hielt es für seine Pflicht, die Lebensmittelkontrolleure auf bestehende Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, ehe weitere Schritte unternommen werden sollen.

*

— **Teuchern,** 8. Dezember. (Verschiedenes.) In letzter Zeit haben hier verschiedene größere Besitzveränderungen stattgefunden. Das am Bahnhof gelegene Metznersche Grundstück (Chemische Fabrik) ist in den Besitz der Uhrenglaswerke deutscher Uhrmacher übergegangen und soll dieselbe in eine Uhrglasfabrik — die einzige in Deutschland — umgewandelt werden. Die Erfurthsche Dampf-Ziegelei ist von einer Hamburger Firma — Kindt und Comp. — erworben worden. Diese Gesellschaft hat bereits eine andere am Bahnhofe gelegene Dampfziegelei erworben. Ein größeres Besitztum sucht auch die Stadt für das geplante Finanzamt (Steueramt), das hier für den Landkreis Weißenfels eingerichtet werden soll. — Die durch den herben Vorwinter unterbrochenen Herbstarbeiten, wie Rüben- und Kartoffelernte und Herbstbestellung wollen nur langsam vorwärts schreiten, da dieselben häufig von Regen unterbrochen werden. Es gibt immer noch viel zu tun und ist sehr wünschenswert, daß noch einige Zeit geeignetes Wetter anhält. — Der Verein für Obst- und Gartenbau erledigte in der letzten Jahressitzung verschiedene geschäftliche Angelegenheiten. Um dem noch sehr stark vorhandenen Bedürfnisse abzuhelfen, soll der Versuch gemacht werden, für die Nachfragenden das gewünschte Gemüseland zu beschaffen. Von der Landwirtschaftskammer sollen 50 Stück Walnußsämlinge bezogen werden und eine Beihilfe zur Erweiterung der Vereinsbibliothek nachgesucht werden. Die Bemühungen, eine geeignete Person als Brunnenwärter zu gewinnen, haben leider immer noch keinen Erfolg gehabt. Eingehend wurde dann noch ein einleitender Vortrag des ersten Vorsitzenden, die Behandlung des Obstes während und nach der Ernte, erörtert und dabei folgende Richtlinien aufgestellt: 1. Alles Obst, besonders das Winterobst, darf erst nach völliger Reife geerntet werden. 2. Das Ernten muß vorsichtig geschehen, damit keine Frucht beschädigt wird. 3. Vor dem Einbringen in den Ueberwinterungsraum muß das Obst zwecks Ausdunstens im Freien oder an einem luftigen Orte gelagert werden. 4. Der Aufbewahrungsraum muß dunkel und kühl (2—8 Grad) sein und darf weder zu feucht noch zu trocken sein. 5. Vor der Lagerung muß gut gereinigt, gelüftet und ausgeschwefelt sein. 6. Tafelobst ist so zu lagern, daß die Früchte einzeln und mit dem Stiele nach oben liegen. 7. Wirtschaftsobst, das in größeren Mengen aufbewahrt werden soll, kann den Kartoffeln ähnlich eingemietet werden. Vor allem wurde die Unsitte scharf gegeißelt, das Obst so frühzeitig von den Bäumen zu reißen, weil dadurch nicht nur die Bäume stark beschädigt werden, sondern der Allgemeinheit große Werte verloren gehen und unser einheimisches Obst, das in so einem Trauerzustande an den Mann gebracht wird, stark in Mißkredit kommt, wodurch der Einführung ausländischen Obstes die Bahn geebnet wird.

z. **Worbis,** 7. Dez. (Im landwirtschaftlichen Kreisverein) sprach Dr. Obermann aus Halle über die Bedeutung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände. Tierzuchtinspektor Ausfeld referierte über die Viehablieferung an den Feindbund. Klage wurde von den Landwirten darüber geführt, daß viele kleine Besitzer von 5 bis 6 Morgen Land jetzt an die Gemeinden heranträten, um Kartoffelkarten zu erhalten, weil sie mit der eigenen Ernte angeblich nicht auskämen. Die Ablieferung von Schlachtvieh soll durch Umlage auf die Anzahl der bewirtschafteten Morgen geregelt werden. Der anwesende Landrat v. Bock versprach, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

— **Leipzig,** 8. Dez. (Zum weiteren Ausbau der Leipziger Mustermesse) bewilligte die hiesige Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Rates dem Meßamt einstimmig ein Darlehen von vier Millionen Mark, die zur Beschaffung und Einrichtung neuer Meßausstellungsräume dienen sollen. Das Meßamt ist dadurch in die Lage versetzt, dem großen Andrang von Ausstellern zur nächsten Frühjahrsmesse voll gerecht zu werden. Die Bewilligung dieser stattlichen Summe ist ein Dank der Stadt für das tatkräftige Eintreten des Reiches durch die Nationalversammlung für die Erhaltung und Stärkung der Leipziger Mustermesse.

R. **Gotha,** 7. Dez. (Niederlage der U. S. P.) Eine empfindliche Niederlage erlitt die U. S. P. bei der Bürgermeisterwahl in Ruhla. Dort stellten sie dem bisherigen Bürgermeister König als Kandidaten den Stadtsekretär Nilius aus Halle gegenüber. Ein Teil der Sozialdemokraten trat aber für König öffentlich ein, und so erhielt Nilius nur 297 Stimmen gegen 1233 Stimmen, die für König abgegeben wurden. — In Gotha stellte die U. S. P. als Kandidaten Fritz Geyer, einen Sohn des Leipziger Reichstagsabgeordneten Geyer, auf.

10. Dez.	bis 8. Jan.	1.—13. März	15. März
Zeichnungsschluß der Spar-Prämienanleihe	Einzahlung	Aushändigung der Stücke an den Zeichner	Erste Gewinnziehung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912091-13/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 9. Dezember.

20 Jahre Tuberkulosebekämpfung

Der Ortsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle (Vorf. Stadtrat Dr. Tepelmann) blickt jetzt auf ein 20jähriges Bestehen zurück. Leider, so schreibt der soeben erschienene Verwaltungsbericht, fügt es die Ungunst der Verhältnisse, insbesondere der durch den Weltkrieg und seine Folgen bedingte Mangel an Nahrungsmitteln, einer der Hauptfaktoren bei der Bekämpfung der Tuberkulose, daß wir uns gerade zu diesem Zeitpunkt nicht mehr auf der Höhe der in der Zwischenzeit erreichten Erfolge befinden. So ist z. B. auf 10 000 Lebende berechnet die Sterblichkeitsziffer von 12,8 im Jahre 1913 auf 29 im Jahre 1918 gestiegen, ein erschreckendes Zeichen dafür, wie sehr es wieder angestrengtester Tätigkeit bedarf und welche hohen Aufwendungen erforderlich sind, um die unsere Volkskraft in erhöhtem Maße bedrohende Seuche zu überwinden. Die hierzu erforderlichen notwendigen Maßnahmen und die durch den Krieg geschaffene Teuerung stellen aber an unsere Leistungsfähigkeit Ansprüche, die wir nicht erfüllen können, wenn unsere Finanzen nicht eine erhebliche Aufbesserung erfahren. Im Interesse unserer wichtigen Bestrebungen richtet der Verein an alle seine Mitglieder und Gönner die herzliche Bitte, uns durch **Zahlung höherer Beiträge und Ueberweisung von Beihilfen** sowie durch **Werbung neuer Mitglieder** nach Kräften zu unterstützen, auch sonst in zweckentsprechender Weise immer wieder auf unsere Einrichtungen hinzuweisen. Die Gründung erfolgte am 15. Juni 1899 auf Anregung des im gleichen Jahre gegründeten „Vereins zur Bekämpfung der Schwindsucht in der Provinz Sachsen und dem Herzogtum Anhalt“ und einiger mit den Zielen dieses Vereins bekannten Herren. Die Werbung von Mitgliedern ergab ein sehr erfreuliches Resultat: ca. 800 den besser gestellten Kreisen Angehörende traten dem Verein bei. Die Ziele und Zwecke waren und sind auch jetzt noch: durch Wort und Schrift die Bevölkerung über das Wesen und die Mittel zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht aufzuklären, sowie auf Beseitigung öffentlicher Mißstände und die Anordnung von Schutzmaßnahmen hinzuwirken, die Errichtung von Lungenheilstätten im Gebiet des Hauptvereins tunlichst zu fördern, für die Heilstättenbehandlung geeignete, minderbegüterte Lungenleidende auf Vereinskosten Heilstätten zu überweisen oder die Aufnahme zu vermitteln, während und nach der Heilstättenbehandlung die Familie des Patienten zu unterstützen, Lungenleidenden Beihilfen zur Beschaffung guter Wohnungen zu gewähren, ihnen bei Auffsuchung geeigneter Arbeit behilflich zu sein.

Die notwendig werdende intensivere Bekämpfung der Tuberkulose hatte natürlich eine Ausdehnung der Fürsorgemaßnahmen zur Folge. Den modernen Anforderungen entsprechend wurden nach Möglichkeit alle Hilfsmittel benutzt; so wurde erst im Berichtsjahr zum Ausbau der Diagnostik ein Röntgenapparat in der **Fürsorgestelle** (Salzgrafenstraße 1 I) aufgestellt. Hier stehen uns jetzt sechs Räume zur Verfügung (ein Untersuchungszimmer, zwei Wartezimmer für die Sprechstunden, ein Röntgenzimmer nebst Warte- und Arbeitszimmer).

Die Ausgaben des Vereins in den einzelnen Jahren haben ziemlichen Schwankungen unterlegen. Sie betrugen in den ersten Jahren jährlich 7000 bis 8000, im Berichtsjahre 21 600 Mk. In den nächsten Jahren werden sie eine ungeahnte Steigerung erfahren, z. B. sind in der Zeit vom 1. April bis 28. Oktober 1919 bereits rd. 38 000 Mk. verbraucht worden. Wie bereits erwähnt, war die Durchführung unserer Ziele nur möglich infolge einer hochherzigen **Spende** und in jüngster Zeit dank der Ergebnisse eines auf Anregung unseres Fürsorgearztes erlassenen Aufrufs, sowie vor allem infolge dauernder großzügiger finanzieller Unterstützung der Stadtgemeinde, der wir ebenfalls zu besonderem Danke verpflichtet sind. Seit 1. April 1919 ist die Beihilfe auf 25 000 Mk. erhöht worden. Auch die Landes-Versicherungs-Anstalt zahlt seit 1913 eine Beihilfe, und zwar neuerdings jährlich 3000 Mk. Im begonnenen Vereinsjahr hat auch die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Halle erstmalig 8000 Mark überwiesen.

Die Fürsorgestelle erteilte in **11039** (i. V. **8215**) **Fällen Rat**. Die ärztliche Sprechstunde besuchten 3915 (2507) Kranke, ärztliche Untersuchungen fanden hierbei 2949 (2198) statt. Die hierin enthaltene Zahl der erstmalig ärztlich untersuchten Personen betrug 1059 (808) und zwar kamen die ärztlichen Untersuchungen 1209 Familien zugute, davon 669 neu hinzugekommenen. Pirquet'sche Impfungen wurden 317 vorgenommen, 293 ergaben positiven Befund. Auswurfuntersuchungen wurden 753- (631) mal veranlaßt und zwar ergaben 109 (136) Tuberkelbazillenbefund. Zur Isolierung der Kranken und zum Anmieten gesunder Wohnungen wurden 39 Familien Mietsunterstützungen in 4 (20) Fällen wurden Betten und Bettstücke abgegeben. Die Isolierung von Kranken konnte 44- (41)mal durchgeführt werden, ohne daß wir Unterstützungen geben mußten. Eine Waschfrau wurde 6- (18)mal und eine Putzfrau 15- (43)mal auf unsere Kosten gestellt. An Hafermehl wurden 2417 (911) Pfund, an Fleisch 1500 (1087) Pfund und an Essen aus der Volks- bzw. Kriegsküche 78 (520) Liter abgegeben. Die Zahl der veranlaßten Desinfektionen betrug 151 (131). Aufnahmen in Heilstätten pp. wurden 149- (148)mal veranlaßt, davon 62mal für Kinder. Die Kosten trugen wir, oft auch in Verbindung mit anderen Vereinen und der Stadtverwaltung Halle. Die Aufnahme im Alters- und Pflegeheim der Stadt Halle und in Krankenhäusern wurde 50 (42) Kranken vermittelt, in Kinderhorten pp. wurden 13 (7) Kinder untergebracht, 43 (61) Kinder wurden zur Unterbringung in Ferienkolonien empfohlen. Für Solbäder wurden 15 und für die Schlafhäuser 11 Kinder vorgeschlagen. Außerdem wurden zahlreiche Anträge auf Gewährung von Milch, Butter, Käse, Eiern, Honig, Weißbrot und Kohlen an Lungenkranke beim Stadternährungsamt gestellt, sowie öfters Gewährung von Unterstützungen aus Stiftungs- und öffentlichen Mitteln vermittelt, ebenso Invalidenrenten. Spuckflaschen wurden 40 abgegeben. Die Schwestern machten 6590 (4892) Hausbesuche.

Schwurgericht

Versuchter schwerer Raub mit Todesfolge. 12 Jahre Zuchthaus.

Der gestern begonnene Schwurgerichtszeitabschnitt unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors **Panse** ist auf die Dauer von mindestens zwei Wochen berechnet. In der ersten Sitzung war der Graveur Otto **Haugk** aus Leipzig-Neuschönefeld des versuchten schweren Raubes mit Todesfolge angeklagt. Die Anklage vertrat der Erste Staatsanwalt Dr. **Mosler**, während dem Angeklagten Justizrat **Hündorf** als Pflichtverteidiger zur Seite stand.

Der Angeklagte ist 1875 geboren, seit 1902 nicht bestraft. Am 4. September ist er von Leipzig nach Burgkemnitz gefahren und von da aus nach Gossa gegangen, um Lebensmittel einzukaufen; an barem Gelde hat er 8 Mark mitgenommen, wovon er die Eisenbahnfahrt bezahlt hat. Er hat aber auch einen Revolver und Patronen sowie eine Uhr bei sich gehabt, die er hat verkaufen wollen, wie er gestern wenig glaubhaft erzählte. In Gossa ist er in das Haus des früheren Mühlenbesitzers Gräfe gekommen, dessen 64jähriger Ehefrau Wilhelmine er ein Pfund Eßbirnen für 60 Pfennig abgekauft haben will. Er hat dort einen Sack Birnen stehen sehen und gesagt, er wolle sie kaufen, wobei 75 Mark für einen Zentner verlangt sein sollen, und später mit einem Wagen wiederkommen, um sie abzuholen. Nach seiner Darstellung hat Frau Gräfe, als er später wiederkam, für den Zentner 85 Mark verlangt, da ihr Mann diesen Preis vorgeschrieben habe. H. hat dann gebeten, ihm einen halben Zentner in seinen Sack abzuwiegen, da er einen Wagen nicht bekommen habe und den ganzen Zentner nicht fortschaffen könne. Als die Frau mit dem Abwiegen der Birnen beschäftigt war, hat er einen eisernen Totschläger aus der Tasche genommen und die Frau damit zweimal auf den Schädel geschlagen. Die Obduktion hat aber ergeben, daß er mindestens dreimal zugeschlagen haben muß, denn die Schädeldecke war infolge der Schläge mit dem schweren Eisen zersprungen; zwei Tage später ist die Frau gestorben. Der Angeklagte meinte, man hätte zu spät ärztliche Hilfe in Anspruch genommen. Als die Frau nach den Schlägen um Hilfe rief, ist der Angeklagte in den nahen Wald geflohen, von den Verfolgern aber ergriffen und dem Gendarmeriewachtmeister übergeben worden, der ihn abends noch in das Amtsgerichtsgefängnis zu Gräfenhainichen eingeliefert hat. Bei seiner ersten sehr eingehenden Vernehmung hat der Angeklagte u. a. ausgesagt, er habe die Frau nur betäuben wollen, während er heute aussagte, der eiserne Schläger sei ihm aus der Tasche gefallen, als er sich gebückt habe, er habe ihn dann aufgenommen und die Frau damit bearbeitet, weil ihm der Gedanke gekommen sei, die Birnen ohne Bezahlung mitzunehmen.

Der Sachverständige, Gerichtsarzt Professor Dr. Artur **Schulz**, bekundete, daß der Angeklagte für seine Tat voll verantwortlich sei, er sei frei von Wahnideen und Geistesstörung, habe auch nicht im Zustande der Bewußtlosigkeit gehandelt; der Tod der Frau Gräfe sei die Folge der Schläge auf den Schädel. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig des versuchten schweren Raubes mit Todesfolge, welches Verbrechen § 251 des Strafgesetzbuches mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf eine **Zuchthausstrafe von zwölf Jahren** und auf zehnjährigen Ehrverlust.

— **Der Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft** veranstaltet vom 11. bis 14. Dezember in dem Festsaal der Martinschule (Charlottenschule) zur Bekämpfung der Schundliteratur eine Ausstellung von guter Literatur. Es ist gleichzeitig als ein Weihnachtsmarkt gedacht, auf dem die Eltern für ihre Kinder, aber auch für Erwachsene geeignete Bücher sich auslesen können. Die Ausstellung ist täglich geöffnet von nachmittags 3 bis 9 Uhr. Die Ausstellung ist mit folgenden Veranstaltungen verknüpft: am Donnerstag wird Frl. Irma **Grawi** lustige Märlein vortragen, am Freitag Herr Willi **Kunze** über Tiere und Menschen manches Ergötzliche und Unterhaltende berichten. Am Sonnabend wird die den Kindern aus Halle so vertraute Märchenerzählerin Frl. Käthe **Weber**, Kinder und Hausmärchen mit Lichtbildern vortragen. Der Eintritt kostet für jedes Kind nur 0,20 Pf. und für alle drei Vorführungen 0,50 Pf. Für Erwachsene finden am 11., 12., 13. und 14. Vorträge mit Vorführungen statt, und zwar beginnen diese um 7 Uhr, nur der Sonntags-Vortrag um 5 Uhr. Am 11. Dezember spricht Mittelschullehrer **Vogelpohl** über „Der Kampf um das gute Buch“, am Freitag werden Frl. Hedwig Jonas und E. Müller-Lützen aus guten Büchern in Reim und Prosa vortragen. Der Sonnabend ist dem guten Kinderbilderbuch gewidmet. Frl. Manns wird dieses so wichtige Gebiet behandeln. Am Sonntag spricht Mittelschullehrer **Thielsen** über „Der gute Wandschmuck“. Für Bundes-Mitglieder ist der Eintritt ermäßigt. Einzelkarten kosten 1 M., Dauerkarten für alle vier Vorträge 3 Mark.

— **Bund der Auslandsdeutschen.** Die weiteren Anmeldungen zur Weihnachtsfeier am 30. Dezember müssen spätestens bis zum 14. Dezember mit genauer Angabe der Personen und Kinderzahl persönlich beim Schriftwart der Ortsgruppe Herrn Wilh. Fincke, Magdeburgerstraße 26 I, vormittags vollzogen werden.

— **Der Lehrergesangverein** veranstaltet am Freitag, den 12. Dezember, im „Thaliasaal“ abends um 8 Uhr sein erstes Winterkonzert. Die Vortragsfolge weist drei große Chorballaden auf: Hünengräber von E. Heuser, Sonnenaufgang von H. Hutter und Totenvolk von Frd. Hegar, sodann Chöre von Kaun und Hans Sitt und drei schöne Volkslieder aus alter Zeit. Als Solistin wirkt Frau Peiseler-Schmutzler mit, eine in Leipzig hochgeschätzte Künstlerin, Sopran. Sie singt die immer gern gehörten Brautlieder von Cornelius und Lieder von H. Pfitzner. Die Leitung des Ganzen liegt in den Händen des Chormeisters Max **Ludwig**, Klavierlehrer am Konservatorium und Dirigent des Riedelvereins zu Leipzig. Das Nähere an den Anschlagsäulen. Karten in der Hofmusikalienhandlung von H. Hothan.

— **Gartenbau-Verein Halle a. S.** Die Monatsversammlung findet am Donnerstag, den 11., abends um 8 Uhr im Hotel „Kaiser Wilhelm“ statt. Vortrag des Gartendirektors **Müller**-Diemitz über „Die Aussichten des Obstbaues unter Berücksichtigung der heutigen Preise für Obst, Bäume, Sträucher, Löhne usw.“ Gästen ist der Eintritt gern gestattet.

— **Der Raubüberfall** auf den Kassenboten in der Hagenstraße hat seine **Aufklärung gefunden**. Die Festgenommenen kommen als Mittäter in Frage.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung“ gestattet

Devisenkurse seit 1914

Die Devisenkurse hatten sich während des Krieges zwar nicht auf dem gleichen Stande halten können, wie im Frieden, sondern waren anfangs langsam, später stärker in die Höhe gegangen. Der Grund war die Abschnürung Deutschlands vom Weltmarkt, wodurch das Hereinkommen fremder Wechsel erschwert war und zugleich die Notwendigkeit, Kredite in den neutralen Ländern zur Beschaffung notwendiger Rohmaterialien zu eröffnen. Durch die Devisenordnung vom Februar 1916 wurden die Kurse künstlich tief gehalten. Im Frieden waren sie in Zürich mit ungefähr 81 notiert, bis Januar 1917 waren sie auf 118 gestiegen. Nach Amerikas Kriegserklärung im Frühjahr 1917 stiegen sie ständig weiter, bis sie im November die Höhe von 158 erreichten. Durch unser Vorgehen im Osten, das den Zusammenbruch Rußlands zur Folge hatte, unsere Offensive gegen Italien und die Frühjahrsoffensive im Westen fielen sie wieder auf 112. Durch die dann einsetzenden Mißerfolge in Frankreich trat ein Anziehen ein, das sich kurz vor der Revolution wieder in ein kurzes Fallen infolge der Aussicht auf Frieden verwandelte. Seit dem unglücklichen November 1918 ziehen dann die Kurse unerhört stark an und hatten Ende November fast 800 erreicht. Im umgekehrten Sinne hat sich die Valuta bewegt und notierte Ende November 18 Franken für 100 Mk. Hth.

Aktiengesellschaften

✱ **Deutsche Kaliwerke A.-G. Bernterode.** Die Verhandlungen der **Akt.-Ges. Deutsche Kaliwerke** in Bernterode, die seinerzeit mit einem französischen Konsortium wegen Uebernahme der in **Elsaß-Lothringen** liegenden Gewerkschaften des Unternehmens geführt wurden, sind zum **Stillstand** gekommen. Die Uebernahmegruppe war damals bereit, einen Preis von 50 Millionen Franks zu bezahlen. Die Verzögerungstaktik der französischen Regierung hat die weitere Fortsetzung der Verhandlungen illusorisch gemacht. Im übrigen stand es für den Fall, daß die Verhandlungen zum Abschluß gekommen wären, nicht fest, in welcher Weise die französische Regierung über die Kaufsumme verfügt oder eine Verfügung gestattet hätte. Es wird damit gerechnet, daß sie die Werke zwangsweise veräußern, daß der hierbei erzielte Liquidationspreis dem Wiedergutmachungsfonds überwiesen werden und der deutschen Regierung überlassen wird, die Aktionäre auf Grund des Artikels 297 t des Friedensvertrages zu entschädigen.

✱ **Magdeburger Werkzeug-Maschinen-Akt.-Ges.** Die Generalversammlung genehmigte den Antrag des Fürstlich Stolbergischen Hüttenamts in Ilsenburg, das **Grundkapital** von 2 auf 5 Millionen **zu erhöhen**, und zwar durch Ausgabe von 2000 Aktien, dividendenberechtigt ab 1. Januar, durch das Bankhaus F. A. Neubauer, im Verhältnis von 9 : 5. Der Fürstlich Stolbergische Kammerpräsident Lohmann-Wernigerode wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt.

✱ **Maschinenfabrik Buckau, A.-G., Magdeburg.** In der letzten Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, das **Aktienkapital** von 8 Mill. Stammaktien und 8 Mill. Vorzugsaktien um 8 Mill. **zu erhöhen**, gleichzeitig sollen die Vorzugsaktien in Stammaktien umgewandelt werden.

Industrie, Handel Handwerk,

✱ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle a. d. Saale (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 6. Dezember für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt: 8975 Wagen zu 10 To., nicht gestellt wurden 2208 Wagen zu 10 To.

Sächsischer Kohlenmarkt. Es macht sich eine **Lohnerhöhungsbewegung** bemerkbar, so daß mit einer **Erhöhung der Kohlenpreise** zu rechnen ist. Die Friedensförderung ist trotz eingetretener Besserung noch nicht erreicht.

— **Zuckermarkt.** Zu der bereits gemeldeten Zuckerpreiserhöhung können wir ergänzen, daß auch der Handelszuschlag um 48 Pfg. für den Zentner erhöht wird. Es ist erfreulich, daß die maßgebenden Regierungsstellen endlich einsehen, daß die Fabriken zu dem bisherigen Satze nicht arbeiten konnten. Vollen Dank würde sie ernten, wenn sie endlich mit dem Abbau des bisherigen Bewirtschaftungssystemes beginnen wollte.

— **Bleifabrikate.** Der Preis ist vom Kölner Syndikat ab 3. Dezember auf 850 Mark für 100 Kilogramm erhöht.

— **Hufeisen** sind um 100 Mark auf 290 Mark für 100 Kilogramm im Preise erhöht.

Goldzölle. Der Nationalversammlung ist ein Antrag Dr. Blunck (Dem.) und Genossen zugegangen, wonach die Nationalversammlung zu dem Gesetzentwurf betreffend die vorübergehende Nichtanwendung des Gesetzes über Zahlung der Zölle in Gold vom 21. Juli 1919 ihre Zustimmung erteilen soll.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. An der Börse war die Spekulation durch die angekündigte neue Note der Alliierten zur Zurückhaltung veranlaßt. Die mit Realisationsbestrebungen, namentlich am Montanmarkt, verbundenen Rückgänge waren jedoch meist nicht erheblicher Art. Ausländische Werte waren jedoch fest, besonders auch die Papiere, die in Zusammenhang mit dem Tiefstande der Valuta höher bewertet wurden. So gewannen Deutsch-Uebersee-Elektrische über 50, Otavi über 45, Neuguinea etwa 20, Pomona 400, Deutsche Kolonialanteile 100 Prozent. Am Montanmarkt stiegen ferner Phönix auf angeblich in Aussicht stehende günstige Mitteilungen in der Generalversammlung. Hansa waren 10, Schantungbahn 8 Prozent höher. Gelsenkirchen konnten eine Besserung von 8 Prozent nicht aufrechterhalten. Lissaboner Stadtanleihe waren wiederum etwa 20 Prozent höher. Die Börse schloß bei ruhigem Verkehr meist etwas abgeschwächt.

Produktenbericht. Bei vermehrter Kauflust, namentlich auch seitens Hamburgs, war am Produktenmarkt Hafer wieder sehr fest. Für Hülsenfrüchte machte sich etwas Zurückhaltung bemerkbar, ohne daß sich die inländischen Forderungen ermäßigten. Starke Nachfrage zeigte sich für Lupinen. Serradella war nur zu höheren Preisen zu kaufen. Rauhfutter machte sich wieder sehr knapp. Rüben und Möhren wurden vermehrt umgesetzt. Käufer waren hauptsächlich die Kommunalverwaltungen.

Hafernotierungen:

Berlin, 8. Dezbr. Inländischer Hafer für 1000 kg in Mark loko ab Bahn 1890—1940, loko ab märkischen Stationen 1880. Tendenz fester.

Auszahlungen.

Berlin, 8. Dezember.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1933.—	1936.—	Oesterreich abgst.	27.20	27.30
Dänemark	926.75	928.25	Prag	84.30	84.50
Schweden	1059.25	1060.75	Ungarn	32.95	33.05
Norwegen	1024.25	1025.75	Spanien	969.25	970.25
Schweiz	939.25	940.75	Finnland	156.25	156.75
Oesterreich	—,—	—,—			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74.40
5% Deutsche Reichsanl.	77.50
4 „ „ „	66.75
3½ „ „ „	62.50
3 „ „ „	63.75
4 Preuss. Konsols	64.75
3½ „ „	56.75
3 „ „	53.50
4 Charl. Stadtanl. 89/99	94.50
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	99.50
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	98.00
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	97.—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—.—
4 „ „	—.—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	26.60
4 Ungar. Gold-Rente	68.00
4 Ungar. Kronen-Rente	—.—
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	85.75
Halle-Hettstedter	—.—
Schantungbahn	304.—
Allg. Lokal-Str	—.—
Gr. Berl. Str.	114,
Magdeburger Str.-B.	—.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	560.—
Orientbahn	325.—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	120.25
Hambg.-Südamerika	202.00
Hansa-Dampfschiff	313.50
Nordd. Lloyd	120.75
Banken:	
Bank für Thür.	141.50
Berl. Handelsges.	161.50
Comm u. Diskontobank	138.75
Darmstädter Bank	119.00
Dess. Landesbank	—.—
Deutsche Bank	253.—
Diskonto-Comm.	175.50
Dresdner Bank	146.50
Credit-Anst. Leipzig	188.–
Mitteld. Kreditbank	128.50
„ Privat-Bank	—.—
Nationalbank	123.00
Oesterr. Kredit	110.00
Reichsbank	147.25
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	247.50
Akt. f. Anilin	292.—
Allgem. Elektr.-Ges.	243.50
Ammendorfer Papierf.	512.—
Anhalter Kohlenw.	—.—
Annaberger Steingut	222.50
Badische Anilin	485.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	178.25
Berl. Masch.-Bau	227.—
Bismarckhütte	203.—
Bochumer Gußstahl	222.50
Chem. Fabrik Buckau	—.—
Chem. Griesheim	245.—
Chem. v. Heyden	260.—
Consolidation Schalke	358.—
Cröllwitzer Papierfabr.	—.—
Daimler-Motoren	276.—

Deutsch-Luxemburg	213.50
Deutsche Uebersee-El.	628.00
Deutsche Erdöl	497.00
Deutsche Gasglühl.	510.—
Deutsche Kali	244.25
Deutsche Waff. u. Mun.	238.75
Donnersmarkhütte	270.50
Döring u. Lehrmann	122.25
Dürkoppwerke	348.00
Elberfelder Farben	360.—
Felten u. Guilleaume	246.½
Gasmotoren Deutz	155.—
Gebhardt u. Co.	—.—
Gebhardt u. König	152.50
Gelsenkirch. Bergb.	294.50
Glauziger Zuckerfbr.	—.—
Hallesche Masch.-Fabr.	390.60
Hann. Masch.	370.06
Harpener Berg	225.—
Hasper Eisen	203.25
Hirsch Kupfer	274.00
Höchster Farbw.	339.75
Hoesch Eisen u. Stahl	229.—
Hohenlohe-Werke	140.50
Humboldt-Masch.	175.00
Ilse-Bergbau	419.—
Kahla-Porzellan	385.—
Kaliw. Aschersleben	215.—
Körbisd. Zucker-Akt.	—.—
Kyffhäuserhütte	—.—
Lahmeyer u. Co.	135.25
Landw. Bank d. Pr. Sa.	—.—
Lauchhammer	188.00
Laurahütte	180.—
Linke u Hofmann	372.—
Ludwig Loewe u. Co.	272.25
Lothringer Hütte	192.—
Mannesmannröhren	214.75
Maschinenfabr. Buckau	184.00
Oberschl. Eisenb. Bed.	153.50
do. Caro Heg.	167.25
do. Kokswerke	275.—
Orenstein u Koppel	233.—
Phönix-Bergb.	295.—
Rhein. Metall-Vorz.	207.75
Rhein. Stahlwaren	189.50
Riebeck. Montan	256.00
Rombacher Hütten	178.—
Rositzer Braunk.	214.75
Rositzer Zucker	155.25
Sangerhäuser Masch.	308.—
Hugo Schneider u. Co	210.25
Schuckert u. Co.	150.50
Siemens u. Halske	240.25
Stettiner Chamotte	230.—
Stettiner Vulkan	198.—
Stollberger Zinkh.	230.—
Strals. Spielkarten	260.—
Thale-Eisenhütte	299.75
Triptis-Akt.-Ges.	190.25
Türkische Tabakregie	—.—
Ver. Köln-Rottweiler	232.75
Glanzstoff Elberf.	865.—
Wegelin u. Hübner	159.25
Wersch.-Weissenf. Brk.	—.—
Westeregeln-Alkali	385.—
Wittener Gußstahl	250.50
Wrede-Mälzerei	108.00
Zeitzer Masch.	470.—
Zellstoff Waldhof	210.50
Otavi-Minen	408.00

Tendenz: fest.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912091-13/fragment/page=0004